bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 06 | 16. März 2007

Rechte Szene 2

„Jungwähleroffensive“
Im Bremer Wahlkampf wartet die DVU mit platten Parolen und dem „Badenweiler Marsch“ auf.

Gezielte Strategie
Im südthüringischen Hildburghausen kann sich die NPD zu Hause fühlen. Auch der Deutsche Jugendbund scheint Sympathien für die rechtsextreme Partei zu hegen.

„Kampfjahr 2007“
Die NPD nimmt bereits die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern ins Visier. Dazu müssen Kandidaten gefunden und geschult werden.

Braune Töne
Weitgehend unbehelligt von der Polizei versammelten sich Neonazis in Nordwestmecklenburg und Hannover.

„Den Einfluss ausdehnen“
Rechtsextremisten suchen die Nähe zu Fußballvereinen. Unter gewaltbereiten Fans wollen sie Nachwuchs rekrutieren.

Grauzone 7

Schmiss und Kommers
Burschenschaftlicher „Festtag“ in Landau.

Ausland 8

Der gewandelte Rassist
Jean-Marie Le Pen wirbt um das „revolutionäre Votum“ der sozial Deklassierten.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Architektur der Erinnerung
Eine Auseinandersetzung mit den Stätten der nationalsozialistischen Verbrechen.

Erlösung durch den Tod
Die 22. „Dachauer Hefte“ untersuchen die Bedingungen in den NS-Konzentrations-lagern.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Jungwähleroffensive“

Im Bremer Wahlkampf wartet die DVU mit platten Parolen und dem „Badenweiler Marsch“ auf.

Es gibt nicht wenige, die machen die so genannte „Tonnenideologie“, den möglichst großen Ausstoß klobiger Produkte unter Missachtung von Qualität und Produktivität, für den Niedergang der DDR-Wirtschaft verantwortlich. Die heutigen Anhänger der Tonnenideologie sitzen in München: in der Parteizentrale der Deutschen Volksunion (DVU). Der Wahlkampf für die Bremische Bürgerschaft hat noch gar nicht richtig begonnen, da kündigt die DVU bereits an, materialmäßig wieder einmal in die Vollen gehen zu wollen. Mit 150 000 Aufklebern mit den Slogans „Zähne zeigen!“ und „Geld für Deutsche“ soll die Hansestadt zugekleistert werden. Und glaubt man den Angaben der Frey-Partei, soll angeblich ebenfalls in einer 150 000er-Auflage eine „Schulhof-CD“ unters Volk gebracht werden. Das würde reichen, um ungefähr jeden dritten Bremer Wahlberechtigten mit einem der Silberlinge zu beglücken. Das Ganze firmiert unter der Bezeichnung „Jungwähleroffensive“.

Wer allerdings angesichts der Bezeichnung „Schulhof-CD“ analog zu den CD-Veröffentlichungen der NPD in früheren Wahlkämpfen glaubt, die DVU verbreite in Bremen Rechtsrock-Musik, sieht sich getäuscht. Die DVU führt ihre musikalische Jungwähleroffensive statt dessen mit dem Deutschlandlied in allen drei Strophen, mit Hitlers Lieblingsmarsch, dem „Badenweiler Marsch“, mit dem DVU-Lied „Stolz und frei sind wir geboren“, dem Volkslied „Kein schöner Land“ oder der „Ode an die Freude“. Eine Jungwähleroffensive der DVU muss offenbar so gestaltet sein, dass sie mit dem Musikgeschmack des 74-jährigen Parteipatriarchen Gerhard Frey kompatibel ist.

Verwundern muss es freilich nicht, dass die DVU zum Auftakt des Wahlkampfs besonders auf die Jungwähler setzt. Frühere Landtags- und Kommunalwahlen haben gezeigt, dass die eigentlich doch verknöcherte und überalterte Rechtsaußenpartei an der Wahlurne für jüngere Menschen überdurchschnittlich attraktiv ist. Diese Beobachtung trifft auch auf die DVU in Bremen zu. Bei der Bürgerschaftswahl 2003 beispielsweise kam die Partei im Wahlbereich der Stadt Bremen nur auf 1,4 Prozent der Stimmen. Bei den 18- bis 25-Jährigen waren es mit 3,9 Prozent fast drei Mal so viele und bei den jungen Männern dieser Altersgruppe gar 6,1 Prozent.

Insgesamt hatte die DVU vor vier Jahren im kleinsten Bundesland 2,3 Prozent erreicht, 1,4 im Wahlbereich der Stadt Bremen und 7,1 Prozent in der Stadt Bremerhaven. Eine Besonderheit des Bremer Wahlrechts macht es möglich, dass die DVU in der Bürgerschaft vertreten ist, obwohl sie landesweit keine fünf Prozent erreicht hat: Die Sperrklausel gilt für beide Städte getrennt. Ihr Bremerhavener Spitzenkandidat Siegfried Tittmann (52) konnte daher sein bereits 1999 errungenes Mandat erneut einnehmen. Im Landesparlament gibt er den Provokateur und Außenseiter, den Gegner von Establishment und Etablierten. Sacharbeit ist seine Stärke nicht. Das Parlament wird zur Bühne für Populismus und Provokation. Tittmann, der 2003 unter dem Slogan „Ein Mann, ein Wort, ein Tittmann“ antrat, geriert sich zum Sprachrohr der Machtlosen. „Wenn ich merke, dass ich nicht mehr die Sprache meiner Wähler spreche, könnte ich nicht mehr in den Spiegel schauen.“ Was dabei an Plattheiten herauskommt, präsentiert die DVU auch noch stolz auf ihrer Homepage in den Rubriken „Siggis beste Sprüche“ oder „Siggi-Reden: Kernsätze“. „Keine Frage: Wenn Tittmann ans Rednerpult geht, dann ist was los im Parlament. Dann geht es rund!“, verspricht die DVU – und macht damit deutlich, wie sie Parlamentsarbeit versteht: Verbalkrawall statt Sacharbeit. Klar ist, dass einer wie Tittmann, der treu den Vorgaben aus München folgt und bei Wahlen sogar zuzulegen versteht (2003 in Bremerhaven bei der Bürgerschaftswahl von 6,0 auf 7,1 Prozent, bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung gar von 5,2 auf 8,1 Prozent), das Gefallen seines Parteichefs findet: Seit 2004 ist Tittmann einer von Freys Stellvertretern.

Bremens Bürger erwartet ein DVU-Wahlkampf, wie man ihn von dieser Partei kennt und erwartet: platte Parolen von den Deutschen, die „von ‚denen da oben’ zu Recht ‚die Schnauze voll haben’“ oder von den „Bonzen des herrschenden Kartells der Altparteien“, die „abgestraft“ werden müssten. Und das in hoher Auflage, tonnenweise sozusagen.

Tomas Sager

Gezielte Strategie

Im südthüringischen Hildburghausen kann sich die NPD zu Hause fühlen. Auch der Deutsche Jugendbund scheint Sympathien für die rechtsextreme Partei zu hegen.

Die Stadt Hildburghausen im Süden Thüringens ist zum verstärkten Aufmarschgebiet der rechtsextremen Szene geworden. Die NPD macht sich dies zunutze und lädt am Sonnabend, 17. März, nicht zum ersten Mal zu einer Veranstaltung ein. Diesmal ist als Gast angekündigt: das Bundes- und Landesvorstandsmitglied Thorsten Heise (Fretterode) sowie das Musik-Duo „Annett und Michael".

Der Partei kommt dabei zugute, dass sie offenbar jederzeit Zutritt zu einer ehemaligen Gaststätte in der Bahnhofstraße hat. So gab es dort bereits im vergangenen Jahr im Mai und Juni zwei größere Zusammenkünfte überregionaler Natur, bei der in einem Falle auch die zweiköpfige Band „Celtic Dawn" aus Heldrungen spielte. Das Rechtsrock-Duo kam offenbar so gut an, dass es am 10. Februar 2007 seinen Auftritt dort wiederholte. Stets fungierte die NPD als Veranstalter, jeweils war der Kreisverbandsvorsitzende der Partei, Tommy Frenck (Jahrgang 1987) der Organisator. In seiner Wohnung in der Stadtmitte gehen die Neonazis „ein und aus", wie Beobachter feststellen. Alarmierend dabei: Viele der Frenck-Besucher sind minderjährig. Rund um sein Zuhause ist in diesen Tagen das Straßenbild mit Aufklebern „Freiheit für Ernst Zündel" ausstaffiert. Von der Aufkleberflut kann auch die örtliche PDS ein Lied singen. Immer wieder wurde ihr Büro mit den Parolen der NPD verunstaltet. Parteiflugblätter in private Briefkästen als weiteres Propagandainstrument lassen eine zielgenaue Strategie und Offensive in der Stadt südlich von Suhl erkennen, die offenbar auf die Landtagswahl 2009 ausgerichtet ist.

Frenck gilt als ein „Musterschüler" und „Liebling" des NPD-Bundesgeschäftsführers und Thüringer Landesvorsitzenden Frank Schwerdt. Ganz neu hat in Hildburghausen auch ein Neonaziszeneladen seine Türen geöffnet. Über den Betreiber ist nur soviel bekannt, dass er bisher in der Nachbarstadt Sachsenbrunn mit Handys, Energieversorgerverträgen und Neuwagen gehandelt hat. Jetzt soll also mit Thor Steinar-Klamotten die Kasse klingeln.

Eine Verbindung zur NPD in Hildburghausen wird aber auch dem Deutschen Jugendbund (DJB) nachgesagt, den es seit 1992 gibt. Zumindest in der Vorstandsetage des Vereins befindet sich mit Sigurd Martens ein Vertreter, der – milde ausgedrückt – eine gewisse Sympathie für die NPD zu hegen scheint. Besagte Immobilie in der Bahnhofstraße gehörte bis Mitte vergangenen Jahres nämlich ihm. Sein Bruder Gernot kandidierte zur bayrischen Landtagswahl 1998 für den Stimmbezirk Kronach auf der NPD-Liste. Zeugen wollen Sigurd Martens bei der letzten Bundestagswahl gesehen haben, wie er Plakate der NPD im Raum Coburg verteilt hat. So berichtet es das „Freie Wort".

Mitgliedschaft nur mit „deutscher Volkszugehörigkeit"

Wer sich die Lektüre des inzwischen verstorbenen Vaters Kurt Martens zu Gemüte führt, der stößt in dessen 2001 veröffentlichtem „Kriegstagebuch 1939 – 1945" auf rassistische Passagen sowie auf einen kriegsverherrlichenden bis -lüsternen Sprachschatz. Nationalistisch und demokratiefeindlich urteilen andere über das Werk. Kurt Martens fiel zudem auf, dass er fremdenfeindliche Leserbriefe an das NPD-Organ, die „Deutsche Stimme" schrieb. Aus dem damaligen Wohnumfeld im fränkischen Roßfeld war zu hören, dass vor jeder Wahl stets ein NPD-Stellschild vor dem Martens-Anwesen platziert gewesen sein soll.

Der DJB fiel schon 1992 mit seiner eigenwilligen Satzung auf, in der es ursprünglich hieß, Mitglied könne man lediglich mit einer „deutschen Volkszugehörigkeit" werden, oder auch der Satz: wir „treten aber einer Vermischung vieler Völker und Kulturen entgegen" zeigt, wessen Geistes Kind hinter dem sich aus einer völkisch-bündischen Tradition verstehenden DJB steckt. Der Kreisjugendring verweigerte dem DJB damals aufgrund dieser Passagen die Mitgliedschaft in seinem Dachverband. Der Verein steht inhaltlich für Freizeitfahrten und Zeltlager, Geländespiele, sportliche Aktivitäten sowie für Schülernachhilfe und Berufsfindungsprojekte. Dass der DJB auch für uniformierte Fackelzüge verantwortlich ist, wird von Sigurd Martens abgestritten.

Horst Freires

„Kampfjahr 2007“

Die NPD nimmt bereits die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern ins Visier. Dazu müssen Kandidaten gefunden und geschult werden.

Im mecklenburgisch-vorpommerschen Landtagswahlkampf suggerierten die NPD-Kameraden noch, „aus der Mitte des Volkes“ zu agieren. Nun setzt man auf einen anderen Slogan und eine andere Strategie. Um diese unter der eigenen Klientel verbreiten zu können, wurde der Anhang Anfang Februar zu einer Art Strategiekonferenz geladen. Wie üblich – konspirativ. Telefonisch wurden Treffpunkte vorgegeben. Von dort ging die Fahrt über Land nach Tarnow bei Bützow. Das mecklenburgische Tarnow scheint eine gute Adresse für Rechtsextremisten zu sein. Ob NPD-Landesparteitag oder Konzerte mit rechtsextremen Bands, hier steht für die Kameraden die Tür der Dorfgaststätte immer offen.

Etwa 190 Rechtsextremisten, darunter etwa 15 Frauen waren dem Aufruf gefolgt. Am Eingang leibhaftig, der NPD-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster. Er kassierte 3,-- Euro Eintritt. Wie auf jeder Dorfdisko, gab es dann auch einen Stempel auf den Handballen – hier jedoch mit Reichsadler. Auf der Bühne Fahnen von NPD, DVU und Heimattreuer Deutscher Jugend (HDJ). Man wollte unter sich sein. So wurden dann auch Medienvertreter nicht zugelassen. Sollten doch welche auftauchen, stand Andreas Theissen bereit. Er war auserkoren, die Medienarbeit zu übernehmen. Wie dies üblicherweise aussieht, hatte er auf der NPD-Wahlkampfparty im vergangenen September in Schwerin gezeigt, als er die Beherrschung verlor und einen NDR-Kameramann tätlich angriff. Die Anwesenheit weiterer Journalisten störte ihn dabei keineswegs. Auch vorher fiel er auf und hatte Kontakt mit der Justiz. 1999 verurteilte ihn das Amtsgericht Hagenow wegen unerlaubten Sprengstoffbesitzes zu einer Bewährungsstrafe.

In Tarnow war fast alles versammelt, was in der braunen Szene Mecklenburg-Vorpommerns Rang und Namen hat. Lediglich einige vorpommersche Kameraden fehlten, sie sorgten sich auf einer HdJ-Veranstaltung um den militanten Nachwuchs. Der Mitarbeiter der Schweriner NPD-Landtagsfraktion Michael Gielnik eröffnete die Veranstaltung. Er gerierte sich als Einpeitscher. Bei der Landtagswahl ginge es noch um die Akzeptanz der Partei, doch das reiche nicht. Die Wahl dürfe nicht die einzige Quittung für die Menschen sein. Jetzt ginge es darum, dass diese sich wehrten. Deshalb müssten die Anwesenden selbst für die Sache brennen und dieses weitertragen.

So eingeschworen, war der Weg frei für den Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs. Der ehemalige Schmuckhändler – der schon mal Adolf Hitler völlig wertfrei betrachtet – eiferte diesem auf der Bühne nicht nur in Mimik und Gestik nach. In fast einstündiger Rede versuchte er, mit markigen Worten, die Masse für sich zu begeistern. „Aber sie werden uns nicht stoppen, wir sind nur mit Polizeigewalt zu stoppen. Aber nicht, wenn unser Handeln rechtmäßig ist.“ Was rechtmäßig ist, will man jedoch selbst bestimmen. Deutlich wurde dies, als Pastörs sich zum Revisionsverfahren gegen den NPD-Landesvorsitzenden Stefan Köster äußerte: „Da wird nicht gefragt, wie oder was, nein, die schließen daraus: Der Köster schlägt Frauen … dabei hat er nur einer Zecke in den Hintern getreten.“ Und: „Wenn alle Mittel der Beschwerde und der Strafanzeige ausgeschöpft sind, muss als letztes Mittel Gewalt erlaubt sein. Schutz vor Gewalt kann nur Gewalt sein.“ Auch bei „fälschlicher Verurteilung“ versicherte er seinem Landesvorsitzenden „unverbrüchliche Kameradschaft“. Anerkennende Worte fand Pastörs auch für seinen Fraktionskollegen Tino Müller: „Wir werden uns diesem Diktat der Besatzer niemals beugen. Recht hat er, wenn er sagt, dass diese Gebiete rechtmäßig deutsches Gebiet sind und bleiben werden, solange noch ein deutsches Herz schlägt.“ Darum kümmert man sich später. Denn erst einmal muss man an die Macht. „Aber irgendwann kommt der Zeitpunkt des Wechsels ... Aber dieser Wechsel wird nicht vom ländlichen Raum ausgehen. Er wird wie ein Flächenbrand aus den Ballungszentren Berlin, Frankfurt, München ausgehen und dann beginnt das große Multikultischlachten. Und dann brauchen wir diese selbst ernannten Demokraten nicht mehr. Da wird es ein Hauen und Stechen geben. Aber da wird der ländliche Raum dagegen stehen und nicht weichen.“

Bei den Kommunalwahlen 2009 will man denn auch in weitere Parlamente einziehen. Dafür müssen Kandidaten gewonnen und geschult werden.

Als eine Art kommunalpolitischer Schulungsleiter soll der Parlamentarier Michael Andrejewski eingesetzt werden.

Der Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Stefan Köster rief das „Kampfjahr 2007" aus. Schwerpunkt für die erste Jahreshälfte soll der Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm sein. Geplant ist eine Kampagne mit „flexiblen Aktionen". Ganz in diesem Sinne auch die Demonstration zum 1. Mai in Neubrandenburg unter dem Motto „Sozial statt Global". Für die Zeit nach dem Gipfel hat Köster dann schon ein neues Thema – den Kampf um den Paragraphen 130 StGB. Denn schließlich hätten auch Rechtsextremisten ein Recht auf freie Meinungsäußerung. Von diesem machte dann auch der Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuniger Gebrauch. Der gewaltbereite Führungsaktivist und ehemalige Söldner in der kroatischen Armee sprach über den „Lebenskampf der Deutschen". Wer seiner Geschichtsklitterung nicht folgen konnte, durfte im Anschluss das Manuskript für 1,50 Euro erwerben.

Thomas Niehoff

Braune Töne

Weitgehend unbehelligt von der Polizei versammelten sich Neonazis in Nordwestmecklenburg und Hannover.

Norddeutsche Neonazis führten am ersten März-Wochenende zwei große Veranstaltungen durch. Die eine, ein Neonazi-Konzert im Gasthof „Zum Stepenitztal" im nordwestmecklenburgischen Mühlen-Eichsen wurde von 500 Rechtsextremisten besucht. Angekündigt waren die vier Rechtsrock-Bands „Selbststeller", „Killerbabies", „Kommando Skin" und „Endstufe". „Endstufe" aus Bremen gilt als dienstälteste rechte Band und genießt einen gewissen Kultstatus in der Szene. So war es kaum verwunderlich, dass die Gäste nicht nur aus Norddeutschland, sondern auch aus Regensburg, Köthen, Magdeburg, Salzwedel, Berlin, Wittlich, Kassel und sogar aus Dänemark und Österreich anreisten, wie die „VVN-BdA Küste" auf ihrer Homepage berichtete. Hamburger Neonazis sollen die Besucher vom Schleusungspunkt Rasthof Gudow an der Autobahn 24 bis zum Zielort geschleust haben. Als bereits der größte Teil der Konzertteilnehmer angereist war, errichteten die eilig zusammengezogenen Polizeieinheiten zwei kleine Straßensperren, um weitere Besucher zu kontrollieren. Abgewiesene Neonazis stellten dabei ihre Autos in einiger Entfernung ab und gelangten zu Fuß zum Gasthof.

Veranstalter sei ein Mann aus Lübeck, teilte die Polizei später fest. Nach behördlichen Angaben habe es keinen Anlass zum Eingreifen gegeben, es seien „weder indizierte Bands oder Musiktitel" festgestellt worden, berichtete die Lokalzeitung. In den letzten Jahren waren allerdings mehrere Titel der Band „Endstufe" auf den Index gesetzt worden. Auch fand, anders als von offizieller Seite behauptet, 2007 bereits ein größeres Neonazi-Konzert in Mecklenburg-Vorpommern statt: „Skalinger" spielte neben drei anderen Bands im Februar ungestört im Rockerclub in Lassan.

Zu einer Vortragsveranstaltung mit dem vorbestraften NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise lud der „Stammtisch Nationaler Kräfte" um Gerrit Gagelmann aus Hannover. Die rund 100 anreisenden Neonazis wurden zum Teil von der Raststätte Garbsen an der A2 bis zur Sportgaststätte im Ortsteil Meyenfeld gelotst. Die vielen glatzköpfigen Gäste, die unter anderem aus Celle, Goslar, Hameln und aus Lübeck anreisten, verängstigten Wirtsleute und Anwohner dennoch. Polizeikräfte standen bereit, postierten sich aber erst nach der Ankunft der meisten Gäste vor dem Lokal. Einen Anlass zum Einschreiten habe es nicht gegeben, berichtete ein Polizeisprecher.

Am Rande der Veranstaltung drohten Angehörige der Kameradschaft aus dem Weserbergland Journalisten und Nazigegnern. Ausgerechnet deren vorbestrafte Anführer, die auch in der NPD Schaumburg aktiv sind, sorgten für eine Art Saalschutz am Eingang der Veranstaltung. Zwei von den Neonazis sollen unerlaubte Waffen getragen haben. Im Saal referierte Heise nach NPD-Angaben zum Thema „Wirtschaftspolitik im Dritten Reich – Wirtschaftspolitik heute" und huldigte den „positiven Errungenschaften, die die Nationalsozialisten nach der Machtübernahme für die deutschen Arbeiter und das deutsche Volk erzielen konnten". Im Anschluss daran spielten die NPD-Liedermacher Annett und Michael Müller aus Bad Lauterberg „lustige, kämpferische und auch nachdenkliche Lieder".

Andrea Röpke

„Den Einfluss ausdehnen“

Rechtsextremisten suchen die Nähe zu Fußballvereinen. Unter gewaltbereiten Fans wollen sie Nachwuchs rekrutieren.

Rechtsextreme und antisemitische Umtriebe in und um bundesdeutsche Fußballstadien herum lieferten in den letzten Monaten Schlagzeilen. Im Februar kam es beim Spiel des Sechstligisten 1. FC Lokomotive Leipzig gegen die zweite Mannschaft von Erzgebirge Aue zu schweren Ausschreitungen. 36 Polizisten sowie sechs Zivilpersonen wurden verletzt. In der Nacht zum 21. Januar hatte das vereinsunabhängige Fan-Projekt Bremen e.V. den Ostkurvensaal des Weser-Stadions der unabhängigen Fan-Gruppierung „Racaille Verte“ für eine Feier weitervermietet. Etwa 20 Hooligans stürmten die Veranstaltung und schlugen einige Partygäste krankenhausreif. Antisemitische Ausschreitungen gab es beim Berliner Kreisligaspiel zwischen dem jüdisch-multikulturellen Team TuS Makkabi II und VSG Altglienicke II im September 2006. Schmährufe gegen farbige Fußballspieler wie Schalkes Gerald Asamoah oder Adebowale Ogungbure vom Oberligisten FC Sachsen Leipzig sind seit Jahren Alltag in den deutschen Fußballstadien.

In der ersten und zweiten deutschen Fußballliga haben Krawallmacher kaum noch eine Chance, die Fanblöcke sind abgeschottet, die Polizeipräsenz ist stark, Kontrollen finden statt. Eine Verlagerung in untere Spielklassen hat deshalb stattgefunden. 10 000 Hooligans sind bei der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) registriert. Neueren Untersuchungen zufolge weisen sie eine nationale Grundeinstellung auf.

Bereits 2001 warnten nordrhein-westfälische Verfassungsschützer davor, dass Rechtsextremisten unter den gewaltbereiten Fußballfans Nachwuchs zu rekrutieren versuchten. Die Bedeutung von politischer Agitation in und um das Fußballfeld hatte beispielhaft der damalige Neonazi-Führer Michael Kühnen erkannt. 1983 gab Kühnen die Parole aus, den „Einfluss unserer Bewegung auf Fußballfans auszudehnen.“

„Dynamo Dresden braucht einen Stadion-Neubau“ fordert heute die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag in einem Flugblatt. Die finanziell klamme Stadt plant seit den 90er Jahren einen Stadion-Neubau, der bislang aus vielerlei Gründen noch nicht realisiert wurde. Die Dynamo-Fans ruft die NPD deshalb auf, künftig daran zu denken, „welches Spiel die Altparteien beim Neubau des Rudolf-Harbig-Stadions spielten. Wie beim Sport, so in der Politik – einfach unsozial die Altparteien“.

Der kürzlich veröffentlichte Verfassungsschutzbericht 2006 des Landes Brandenburg konstatiert, dass Rechtsextremisten gezielt in Fußball-Stadien gehen, um die auf den Rängen entstehende aufgeregte Stimmung in rechtsextreme Bahnen zu lenken. Rassistische Sprüche, so der Verfassungsschutz, „werden geklopft, um jugendliche Fans mit extremistischer Propaganda anzuwerben. Fußball und Fußballspiele bieten den Rechtsextremisten Gelegenheit, an das Zusammengehörigkeitsgefühl der Fans zu appellieren und es mit fremdenfeindlichen Sprüchen zu besetzen.“

In den letzten Jahren organisiert die rechtsextreme Szene vermehrt so genannte nationale Fußballturniere und gründet Fußballvereine. Daneben engagieren sich Rechtsextremisten in Sportvereinen. „In den kleinen Gemeinden gibt es ja nichts anderes als Feuerwehr oder Fußball“, sagte Klaus Beier, NPD-Bundespressesprecher, unlängst in einem Interview. Seine Partei suche die „Nähe zu Fußballvereinen“. Um Fußballfans an die NPD heranzuführen, stellt sich Beier, zugleich Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Oderland, „eine Stadion-CD vor, die so funktioniert wie unsere Schulhof-CD.“ Zum Umfeld des NPD-Kreisverbandes NPD-Oderland von Beier zählen, so Medienberichte, Hooligans von „Viktoria Frankfurt“ (Oder). Fans von „Viktoria Frankfurt“ grölen bei Spielen auch mal antisemitische Slogans wie: „Zug, Zug, Zug, Zug, Eisenbahn, wer will mit nach Auschwitz fahren.“ Am 2. September 2006 fand im brandenburgischen Rathenow (Havelland) ein Fußballturnier statt. Daran nahm auch der Verein „Sportvolk“, die Fußballabteilung der im April 2005 verbotenen Kameradschaften „Hauptvolk“ und „Sturm 27“, teil. Ausgerichtet wurde das Turnier von dem damals in Gründung befindlichen Fußballklub „Sportfreunde Rathenow 06“, dessen Vorsitzender Stephan Herbst zugleich den NPD-Kreisverband Havel-Nuthe führte. Als Gastmannschaften nahmen der Kreisverband NPD-Oderland, darunter der Fußballer Beier, und KdF Nauen teil. Während des Turniers wurde die NPD-Flagge geschwenkt.

Fußballbegeistert ist der Weimarer NPD-Kreisvorsitzende und „führende Neonazi“ (Verfassungsschutz Thüringen) Martin Rühlemann. Er spielt beim „F.C. Hardcore“, einem Ableger des „Nationalen Widerstandes Weimar“, Fußball. Beim Spiel Eintracht Braunschweig gegen den Karlsruher KSC am 22. September 2006 in Braunschweig soll nach Informationen der Lokalpresse ein hochrangiger NPD-Funktionär aus Sachsen mit vier Begleitern in der Südkurve gestanden und rechtsradikale Parolen verbreitet haben.

Im Juli vergangenen Jahres führte die sachsen-anhaltinische NPD-Ortsgruppe Bad Kösen und Zeitz ihr Kinderfest auf dem Sportplatz des Bad Kösener Sportvereins Blau – Weiß 3 durch. Die NPD-Kreistagsfraktionsmitglieder Andreas Karl und Denis Gratzke überreichten einem Vertreter des Sportvereins Fußbälle im Namen des NPD-Kreisverbandes und bedankten sich für die „hervorragende Gastfreundlichkeit“. Im gleichen Monat richtete der NPD-Kreisrat Denis Gratzke ein landesweites Fußballturnier in Kretzschau aus. Im April veranstalteten die Schönebecker (Sachsen-Anhalt) Jungen Nationaldemokraten ihr erstes JN-Fußballturnier. Im März gründete sich als Ableger der „Lübschen Jugend“ der NPD-nahe „VfB Lübeck Fanclub“. Im thüringischen Schleusingen konnten örtliche Neonazis im Januar 2006 unter Führung des NPD-Funktionärs Tommy Frenck am Turnier eines Jugendzentrums teilnehmen, das vom Kreissportbund mitgetragen wurde. Frenck selbst, Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Hildburghausen-Suhl, spielt in der Mannschaft vom TSV 1911 Themar.

Zumindest dem Treiben von Rechtsextremisten in deutschen Fußballstadien will der baden-württembergische SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster ein Ende setzen. Es sei vor allem wichtig, chronisch unterfinanzierte Fanprojekte zu unterstützen und Vereine in allen Ligen für das Thema zu sensibilisieren. „Vom Vereinsvorstand über den Spieler bis zum Stadionsprecher muss jeder Flagge gegen Rechts zeigen“, forderte Gerster auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Zunächst will Gerster das Thema auf die Tagesordnung des Bundestages bringen: „Die Situation der Fanprojekte ist zu schwierig und zu wichtig, um weiter im Abseits zu stehen.“

Anton Maegerle

Grauzone

Schmiss und Kommers

Burschenschaftlicher „Festtag“ in Landau.

Die Deutsche Burschenschaft feiert am 31. März das 175-jährige Jubiläum des Hambacher Festes. Der burschenschaftliche „Festtag“ beginnt mit dem Symposium „175 Jahre Hambacher Fest – Beschränkung der Meinungsfreiheit einst und heute“. Getagt wird in der Jugendstilhalle in der rheinland-pfälzischen Universitätsstadt Landau. Podiumsteilnehmer sind Karl Feldmeyer, Ex-Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und heute Autor der „Jungen Freiheit“ (JF), Lutz Weinzinger, FPÖ-Nationalratsabgeordneter sowie Josef Schüßlburner, Ex-JF-Autor und Referent bei der rechtsextremen Gesellschaft für Freie Publizistik. Angaben rechtsextremer Blätter wie „Nation&Europa“ und „Der Eckart“ zufolge soll zu den Podiumsteilnehmern auch JF-Chefredakteur Dieter Stein zählen. Auf der Homepage der „Deutschen Burschenschaft“ (DB) wird aber stattdessen der Historiker Arnulf Baring, Unterzeichner des JF-„Appells für Pressefreiheit“, angegeben. Am Nachmittag fahren die Burschenschaftler gemeinsam per Bus zu einer Gedenkveranstaltung am Hambacher Schloss. Der Festtag endet mit einem Kommers in Landau.

Nähere Informationen zur Veranstaltung sind bei der Innsbrucker Burschenschaft Brixia zu erfragen. Die Brixia ist für den Zeitraum 2006/07 Vorsitzende Burschenschaft der DB. Im „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ wird die Brixia als „akademische Vorfeldorganisation des Rechtsextremismus“ eingestuft. Referent auf Veranstaltungen der Brixia war unter anderem Otto Scrinzi, vormals SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied, und später stellvertretender FPÖ-Bundesparteiobmann. Mit Herwig Nachtmann stellt die Brixia den „Schriftleiter“ der vierteljährlich erscheinenden „Burschenschaftlichen Blätter“, die von der DB herausgegeben werden. Nachtmann ist einschlägig vorbestraft wegen Verstoßes nach dem NS-Wiederbetätigungsgesetz. 1981 nahm Nachtmann als Angehöriger der „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer“ beim Begräbnis des Hitler-Nachfolgers Dönitz teil.

Anton Maegerle

Ausland

Der gewandelte Rassist

Jean-Marie Le Pen wirbt um das „revolutionäre Votum“ der sozial Deklassierten.

Bis zuletzt wird es eine Zitterpartie für ihn: Unklar ist, ob Jean-Marie Le Pen die 500 Unterstützungsunterschriften von Mandatsträgern – Bürgermeistern, Bezirks- oder Regionalparlamentariern, Abgeordneten – zusammen bekommt, die für eine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl erforderlich sind. In den ersten Märztagen fehlten ihm noch 117 Unterschriften. Schon im Jahr 2002 war es sehr knapp für ihn geworden, aber im Nachhinein hatte Le Pen enorm von dem Medienrummel profitiert, der rund um die Schwierigkeiten seines Wahlantritts veranstaltet worden war.

Unterdessen mehrten sich die Stimmen, die es als ungut für die Demokratie bezeichneten, falls der rechtsextreme Politiker es aus diesem formalen Grund nicht schaffen sollte, beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl am 22. April dabei zu sein. Der französische Innenminister und konservative Kandidat Nicolas Sarkozy (UMP) erklärte ausdrücklich, es sei „wünschenswert“, dass Le Pen und der marxistische Kandidat Olivier Besancenot ihre 500 Unterschriften bekämen. Hintergrund ist aber auch, dass rund 85 Prozent der Le Pen-Wähler laut Umfragen ins Auge fassen, im zweiten Wahlgang für Sarkozy zu stimmen. Könnte er nicht zur Wahl antreten, hat der Chef des Front National (FN) bereits damit gedroht, die derzeit Regierenden – also Sarkozy – abzustrafen und einen gegenlautenden Stimmaufruf zu erlassen. In den Tagen nach dem Statement des Ministers hat Le Pens Wahlkampfteam mehrere Dutzend neue Unterschriften verzeichnet.

Inhaltlich neu an Jean-Marie Le Pens Kandidatur ist, dass er nun erstmals auch explizit an die Franzosen migrantischer Herkunft appelliert, für ihn als Kandidaten der „gesamten nationalen Gemeinschaft“ zu stimmen. Das ist zwar insofern total widersprüchlich, als das am Wochenende des 24./25. Februar publizierte Wahlprogramm Le Pens weiterhin die „Kosten der Einwanderung“ für alle sozialen Probleme verantwortlich macht und eine „Umkehrung der Migrationsströme“ – von Frankreich weg, im Sinne einer Rückkehr in die Herkunftsländer – propagiert. Zudem will die rechtsextreme Partei sämtliche unbefristeten Aufenthaltstitel in dreijährige befristete Aufenthaltsgenehmigungen ohne jeglichen Rechtsanspruch verwandeln. Damit würde die gesamte in Frankreich lebende Einwandererbevölkerung einer permanenten Prekarität und Destabilisierung ausgesetzt. Ferner sollen sowohl migrantische Arbeitnehmer als auch ihre Arbeitgeber erhöhte Sozialbeiträge abführen und Sozialwohnungen künftig ausschließlich für französische Staatsbürger reserviert werden.

Dennoch vervielfacht Le Pen zugleich die Gesten an die Adresse einer möglichen Wählerschaft mit migrantischem Hintergrund. Ende Februar besuchte er einen Friedhof in der Picardie, wo ehemalige chinesische „Kulis“ beerdigt liegen, die im Ersten Weltkrieg den Armeen der französisch-britischen Entente dienten. Neu ist es zwar nicht, dass Le Pen auch „Waffenbrüder“ unterschiedlicher Hautfarbe, die in militärischen Konflikten – vor allem in den Kolonialkriegen der 50er und 60er Jahre – mit dem Gewehr auf Seiten Frankreichs kämpften, mitunter in die „nationale Gemeinschaft“ einbezieht. Dies entspricht der kolonialen Prägung seines Rassismus. Aber dass Le Pen symbolisch auch „Kulis“ ehrt, die 1918 in der Armee die Pferde fütterten und die Züge entluden, ist bemerkenswert. Zudem legt Le Pen Wert darauf, zu betonen, dass er zwar jegliche Neueinwanderung nach Frankreich unterbinden und viele hier lebende Einwanderer zurückschicken möchte – dass er aber nicht die Einwanderer persönlich für die „katastrophale Immigrationspolitik“ verantwortlich mache, sondern die „antinationalen Lobbys“, die dahinter stünden.

Hauptinspirator dieses Wahlkampfs, mit dem Le Pen sich als Kandidat aller Unzufriedenen profilieren und zugleich den Vorwurf des Rassismus abstreifen möchte, ist der Schriftsteller Alain Soral. Am 6. Februar gab er seinen Beitritt zum Wahlkampfteam Jean-Marie Le Pens bekannt. Soral war früher ein Linker und stand der Kommunistischen Partei nahe, der er aber 1993 den Rücken kehrte. Ihren Niedergang in den Banlieues, den ehemaligen Arbeitervorstädten rund um Paris, erklärte Soral damals mit einem angeblichem „Bevölkerungsaustausch“ durch Einwanderung. Soral empfiehlt Jean-Marie Le Pen, um das „revolutionäre Votum“ aller Deklassierten zu werben.

Bernhard Schmid

Blick in die Zeitgeschichte

Architektur der Erinnerung

Eine Auseinandersetzung mit den Stätten der nationalsozialistischen Verbrechen.

Der aus einer gemeinsamen Vortragsreihe der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Akademie der Künste hervorgegangene Sammelband gibt anhand ausgewählter Beispiele einen vertieften Einblick in die architektonischen und künstlerischen Tendenzen und Ergebnisse der zeitgenössischen Gedenk- und Erinnerungskultur.

Einleitend zeichnet James E. Young als Mitglied der Jury die Stadien der Entscheidungsfindung bei der Gedenkstätte des World Trade Center in New York nach. Daran anknüpfend, macht Stefanie Endlich auf einen wesentlichen Unterschied im Holocaust-Gedenken in den USA und anderen Ländern und in Deutschland aufmerksam: Dort stehe die Trauer über die Opfer und das Gedenken im Vordergrund; im „Land der Täter" dagegen sei die Trauer um den Verlust der jüdischen Mitbürger und der jüdischen Kultur Teil einer sehr viel komplizierteren Auseinandersetzung mit den Ursachen des Verlustes, mit Schuld, Verantwortung und Aufklärung: „In Deutschland erweist sich die Qualität eines künstlerischen Ansatzes auch darin, ob er Reflexionen über die Entstehungshintergründe und Wirkungszusammenhänge nahe legt oder ob er diese Reflexionen durch vorschnelle Emotionalisierung eher erschwert." Der Holocaust-Turm in Libeskinds Jüdischem Museum gilt ihr dabei mit Recht als „schwieriger Grenzfall" (S.28f.).

István Mányi beschreibt das Holocaust-Museum in Budapest, der Bildhauer Michael Deiml erläutert das Konzept, das seiner bewegenden lokalen Jüdischen Gedenkstätte Cernovice in Tschechien zugrunde liegt, die nicht nur der Toten, sondern auch der wenigen Überlebenden dieser Ortschaft „an der Peripherie des Holocaust" gedenkt (S. 49). In einige seiner Landschafsskulpturen führt der israelische Künstler Dani Caravan ein.

Der Architekt Günther Domnig stellt sein Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg vor, das unmittelbar einleuchtend und sinnfällig die Antithese zu der vorgegebenen monumentalen, auf Überwältigung und Einschüchterung angelegten NS-Architektur darstellt. Der Architekturhistoriker Wolfgang Schäche sieht darin die rühmliche Ausnahme im Umgang mit dem baulichen Erbe der NS-Zeit. Und er rügt in seinem Beitrag an vier Berliner Beispielen, darunter das heutige Außen- und das Finanzministerium, die fehlende geschichtliche Auseinandersetzung mit dieser Partei- und Staatsarchitektur.

Über die unterirdische Skulptur „Verlassene Bibliothek" auf dem Bebelplatz, zusammen mit dem Denkmal für die vertriebenen jüdischen Mitbürger „Der verlassene Raum" von Karl Biedermann auf dem Koppenplatz sicherlich das gelungenste Denkmal in Berlin, referieren sein Schöpfer Micha Ullman und György Konrád, über die 2006 eingeweihte Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Belzec im Südosten Polens Andrzej Solyga und Andrew Baker. Das letzte Beispiel stellen die intensiven Tafelbilder „Farben der Erinnerung" dar, die der Maler Ulrich Erben, der sie für den Ausstellungsraum in der ehemaligen Synagoge Essen geschaffen hat, und Robert Kudielka, Direktor der Sektion Bildende Kunst der Akademie, erläutern.

Es folgen zwei resümierende Beiträge: Gabi Dolff-Bonekämper grenzt die Orte des Geschehens von denen der Kunst und der Erinnerung definitorisch voneinander ab, Günter Schlusche gibt einen differenzierten Überblick über die baulichen und künstlerischen Gestaltungsformen in der Gedenkkultur der letzten Jahre. Ein Wegweiser zu 50 besonders bemerkenswerten Denkmälern und Gedenkstätten in Europa, die jeweils auf einer Seite beschrieben, historisch eingeordnet und im Bild vorgestellt werden, beschließt den sehr informativen Band.

Theo Meier-Ewert

Günter Schluche (Hrsg.), Architektur der Erinnerung. NS-Verbrechen in der europäischen Gedenkkultur, Berlin 2006, Nicolaische Verlagsbuchhandlung, 180 Seiten, cirka 165 Abbildungen in s/w und Farbe, 19,90 Euro.

Erlösung durch den Tod

Die 22. „Dachauer Hefte" untersuchen die Bedingungen in den NS-Konzentrationslagern.

Seit 22 Jahren geben jetzt Barbara Distel und Wolfgang Benz die „Dachauer Hefte" heraus. Die beiden international anerkannten NS-Experten wissen also, wie schwer es Herausgeber mitunter haben. Auch der neueste Band dieser Jahr für Jahr lesenswerten, stets gut 200 Seiten starken „Hefte" zeigt das. Das Heft 22 trägt den Titel „Realität – Metapher – Symbol". Nicht alle Beiträge des Heftes sind von gleicher Qualität. Schwerpunkt ist dieses Mal die Auseinandersetzung mit NS-Haftstätten in Erinnerungen, Medien und Künsten.

Dirk Riedel, Mitarbeiter der Gedenkstätte Dachau, hat untersucht, ob nur im KZ Dachau die Parole „Arbeit macht frei" im Lagertor die neuen Häftlinge empfing. Er fand heraus, dass in den KZs Sachsenhausen, Flossenbürg und auch in Auschwitz diese „Losung" im Lagertor stand. Riedel geht ebenso der Frage nach, von wem der Spruch stammte. Seine Antwort: möglicherweise aus einer Rede Himmlers. Riedel wollte auch wissen, wie die Häftlinge die drei Worte wahrgenommen und gedeutet haben. Sein Ergebnis: „Der Auschwitz-Überlebende Tibor Wohl überschrieb seine Erinnerungen mit dem Satz 'Tod durch Arbeit', und Edgar Kupfer-Koberwitz dichtete unter dem Titel 'Die Lüge am Tor': 'Arbeit macht frei' – doch zahlen sie Arbeit mit Tod zurück…Der Tod macht frei! – das sollte stehn: 'Der Tod löst die Tyrannei!'' Also Erlösung vom KZ durch den eigenen Tod.

Angela Genger, Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, berichtet von dem Dokumentations- und Begegnungszentrum Hinzert auf den Höhen des Hunsrück, das im Dezember 2005 eröffnet wurde. Dabei begnügt sich Genger nicht mit der Beschreibung der Anlage. Sie bewertet sie auch und spart nicht mit Kritik, weil das Zentrum nicht gerade leicht zu finden ist.

Wolfgang Benz ruft einen längst vergessenen Roman in Erinnerung: „Das Konzentrationslager" von Fritz Spiesser. Der Roman und damit der Aufsatz von Benz sind nicht nur historisch interessant, sondern auch für die immer noch diskutierte Frage von Belang, welcher Staat als erster ein KZ gebaut hat. Hierzulande wird gern wieder und wieder auf England verwiesen. Die Briten als Kolonialmacht seien die Erfinder dieser barbarischen Lager gewesen – und zwar während des „Burenkrieges" von 1899 bis 1902 in Südafrika. Aber auch wenn das rechte Apologeten gebetsmühlenartig behaupten – wahr wird es dadurch nicht. Benz geht von dem Spiesser-Roman aus, der 1940 im Zentralverlag der NSDAP erschien und die Briten als KZ-Erfinder diffamieren sollte. Dabei unterschlägt Spiesser – vermutlich bewusst – , dass ein spanischer Gouverneur bereits 1896 auf Kuba befohlen hat, die aufständischen Kubaner gegen die spanische Kolonialmacht in „Campos de Concentracion" zu sperren. Aber selbst diese ersten Lager hatten außer dem Namen nichts gemein mit den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten, wo Menschen durch Arbeit vernichtet werden sollten und wurden. Ein vorzüglicher Aufsatz in diesem 22. Dachauer Heft. Das gilt übrigens auch für Barbara Distels Frage nach „Neuen Formen der Erinnerung?". In knappen, übersichtlichen Sätzen gibt sie eine aktuelle Übersicht über Erinnerungsarbeit, wobei die endgültige Art vermutlich noch nicht gefunden ist, wie Roman Herzog als Bundespräsident zu Beginn seiner Amtszeit sagte.

Wie eingangs bereits erwähnt, können nicht alle Beiträge von gleich hoher Qualität sein. So hätten Winfried Meyer und Stefanie Nathow gut daran getan, ihre Untersuchung über Liebesgabenpakete des Roten Kreuzes für Häftlinge im KZ Sachsenhausen und den Missbrauch durch die SS sorgfältig zu lektorieren. Die beiden Berliner Historiker haben zwar ganz offensichtlich gründlich und fleißig in Archiven gearbeitet und viele Quellen ausgewertet. Herausgekommen sind aber leider oft kaum verständliche Schachtelsätze, die nicht gerade leserfreundlich genannt werden können. Aber genau das muss doch wohl das Ziel jeder Veröffentlichung sein. In englischsprachigen Staaten war es – im Gegensatz zu Deutschland – für Forscher schon immer selbstverständlich, so zu schreiben, dass auch Laien etwas von den Texten hatten. Deutsche Wissenschaftler haben das erst viel später nach und nach gelernt.

Heiner Lichtenstein

Bezug: Verlag Dachauer Hefte, Alte Römerstraße 75, 85221 Dachau, Tel. 08131/669970, Fax 08131/26967; E-Mail: info.dachauer-hefte@kz-gedenkstaette-dachau.de

Meldungen

„Pro Köln“ nach Hannover

Hannover/Köln – In der niedersächsischen Landeshauptstadt soll nach dem Vorbild von „pro Köln“ eine „Bürgerbewegung pro Hannover“ gegründet werden. Dies teilte Christian Perbandt, vormaliger Landeschef der Republikaner in Niedersachsen und Beisitzer im Bundesvorstand, am Rande einer Veranstaltung von „pro Köln“ am 11. März mit. Perbandt hatte zum 1. März die Schlierer-Partei verlassen und Kritik an dessen Bundespräsidium geübt. Bei der „Fraktionsveranstaltung“ von „pro Köln“ mit angeblich mehr als 100 Gästen im Rathaus der Domstadt referierte auch der Europaabgeordnete der belgischen Rechtsaußentruppe „Vlaams Belang“, Koen Dillen. Er lud die „pro Köln“-Fraktion zu einem Gegenbesuch bei der neuen Rechtsextremen-Fraktion „Identität Tradition Souveränität“ (ITS) im Europaparlament ein. (ts)

Das „Totenschiff“ verlassen

Hannover – Den Republikanern ist ein weiterer Landesvorsitzender abhanden gekommen. Christian Perbandt, Landeschef in Niedersachsen und Beisitzer im Bundesvorstand, erklärte seinen Parteiaustritt zum 1. März: „Ein Eintreten für die Ziele unserer Partei ist unter dem jetzigen Bundespräsidium zwecklos“, ließ er wissen. Auch der bisherige Landesparteisekretär Björn Tute wird auf der Homepage des Landesverbandes nicht mehr als Vorstandsmitglied geführt. Als neuer amtierender Landesvorsitzender firmiert nun der Schlierer-Getreue Dirk Hacaj. Probleme haben die Republikaner auch andernorts: Bei einem Landesparteitag in Berlin am 10. Februar gelang es nicht, einen neuen Vorstand zu wählen. Der kommissarische Vorsitzende Tibor Haraszti erklärte ebenfalls mit Wirkung zum 1. März seinen Austritt aus der Partei. Ihn zieht es zur NPD. Definitiv ist auch der Abgang von Björn Clemens. Zum Abschied erklärte er, „nach den jüngsten Entwicklungen“ handele es sich bei den Republikanern um ein „Totenschiff – und ich fühle mich noch zu jung zum Sterben“. (ts)

Deckert ohne NPD

Berlin –Ex-NPD-Bundesvorsitzender Günter Deckert ist endgültig aus der Partei ausgeschlossen worden. Das NPD-Bundesschiedsgericht hat jetzt am zweiten März-Wochenende im Stimmenverhältnis 3:2 den Ausschluss des einstigen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert (Weinheim, Baden-Württemberg) aus der NPD bestätigt. Der jahrzehntelange NPD-Spitzenfunktionär Deckert, Vorgänger von Udo Voigt im Amt des NPD-Bundesvorsitzenden, wurde bereits im Oktober 2005 vom NPD-Parteivorstand von allen Parteiämtern, darunter des baden-württembergischen NPD-Landesvorsitzenden, enthoben. Gegen den Parteirauswurf hatte Deckert auf dem innerparteilichen Instanzenweg bis zum Ende geklagt. Angaben des NPD-Bundesschiedsgerichtes zufolge hätte der Fortbestand der NPD-Mitgliedschaft von Deckert den „notwendigen Parteifrieden“ gestört. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de